

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Karl Mosse, Sauerländer & Pöhlke  
G. L. Dauter & Co., Invalidenten.

Verantwortlicher Redakteur:  
G. Fontane  
in Posen.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Karl Mosse, Sauerländer & Pöhlke  
G. L. Dauter & Co., Invalidenten.

Verantwortlich für den  
Inseratenthell:  
J. Klugkist  
in Posen.

Nr. 185

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,  
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wochent-  
täglich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für  
den Rest des Reiches. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 14. März.

1892

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 12. März, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des **Kultussetats** wird fortgesetzt mit dem Tit.  
Normaletat „für die Lehrer an höheren Lehranstalten“,  
der in der vorigen Sitzung mit allen dazu gestellten Anträgen an  
die Budgetkommission zurückverwiesen worden war.

Die Budgetkommission beantragt, nachdem die Abg.  
Sperlich und Kropatschek ihre Anträge zurückgezogen, alle  
vorliegenden Anträge abzulehnen und den Titel in der im Etat  
vorliegenden Form als Dispositionsfonds anzunehmen. Außerdem beantragt sie eine Resolution, auch die über  
4 Jahre hinausgehende Dienstzeit der Hilfslehrer für die  
Bemessung der Alterszulagen anzurechnen, und dem  
Leiter einer Anstalt von der früheren Dienstzeit als wissen-  
schaftlicher Hilfslehrer einen solchen Teil für anrechenbar zu  
erklären, daß er kein geringeres Einkommen als Leiter bezieht,  
als wenn er wissenschaftlicher Lehrer geblieben wäre (früherer  
Antrag Korsch).

Berichterstatter Abg. Dr. Sattler erklärt, daß die Budget-  
kommission den Antrag Nichter, den Normaletat als Anlage zum  
Etat zu bezeichnen, abgelehnt habe, weil die Befürchtung vorliege,  
daß das Ganze scheitere, wenn eine Einigung nicht auch über die  
unbedeutendste Einzelheit erzielt würde. Die übrigen Anträge seien  
abgelehnt worden, weil sie Mehrausgaben zur Folge haben.

Abg. Dr. Schulz-Buchum (nl.) (auf der Tribüne schwer ver-  
ständlich): Der Normaletat löst eine alte Schuld an die Gymnasial-  
lehrer wenigstens zum Teil ein. Aber man wird nicht umhin  
können, das, was jetzt gewährt wird, nur als eine Abschlags-  
zahlung zu betrachten. Die Lehrer haben eine aufreibende Thätig-  
keit, wie kaum ein Beruf, und doch sind sie in ihren Gehaltsver-  
hältnissen hinter anderen Beamten zurückgeblieben. Nur ein kleiner  
Prozentsatz der Lehrer wird das höchste Gehalt nach dem neuen  
Normaletat beziehen, in Schleswig-Holstein nur 3 Proz., im ganzen  
Staate 5.9 Proz. Gegen den Charakter der Forderung als Dis-  
positionsfonds äußert Nichter verschiedene Bedenken. Herr Korsch  
habe nicht Unrecht gehabt, wenn er die Befürchtung aus sprach, daß  
ein Strebertum großgezogen werde. Zu vermeiden wäre das nur,  
wenn wir ideale Menschen und ideale Zustände hätten.

Abg. v. Kröcher (kon.): Formell ist der Landtag berechtigt,  
jeden Antrag zu stellen. Die Majorität kann den merkwürdigsten  
Antrag annehmen. Aber es kommt doch darauf an, ob damit etwas  
erreicht wird. Das ist aber mit den vorliegenden Anträgen nicht  
der Fall. Nimmt man Anträge an, welche Mehrausgaben in sich  
schließen, so hat man den Widerstand des Finanzministers zu be-  
fürchten, der dazu führen könnte, daß der ganze Normaletat ins  
Wasser fällt. Aus diesem Grunde ist es nicht angezeigt, solche  
Anträge hier anzunehmen.

Abg. Korsch (kon.): Wenn in der Budgetkommission gesagt  
worden ist, daß der vorliegende Normaletat alle Wünsche der Lehrer  
in befriedigender Weise erfülle, so entspricht das nicht der Sach-  
lage. Die jetzige Lage der Lehrer entspricht auch nach dem Normal-  
etat noch nicht den sozialen Anforderungen ihres Bildungsganges.  
Daß man die allgemeine Befriedigung erst bei den  
untern Beamten voll durchzuführen bestrebt ist, bevor man ein  
Gleiches für die höheren Beamten thut, kommt hier nicht in Be-  
tracht, da die Gehälter der Lehrer eben hinter denen anderer  
Beamtenkategorien zurückgeblieben waren. Einen Fortschritt be-  
deutet der Normaletat aber allerdings. Bei der gegenwärtigen Situa-  
tion ziehe ich meinen Antrag auf Gleichstellung der Lehrer mit  
den Richtern erster Instanz zurück, dagegen werde ich mit einem  
Bescheide meiner Freunde die nationalliberale Resolution befürworten.

Abg. Nichter (kf.): Ich bedaure, daß wir eine etatsrechtliche  
Frage von solcher Bedeutung mit einer solchen Heße durchpeitschen  
müssen. Vorgestern hat in der Budgetkommission über die Trag-

weite meines Antrages ein vollständiges Mißverständnis bestanden.  
Daß das Herrenhaus den Etat wieder so spät bekommt, ist diesmal  
nicht unsere Schuld, denn die Denkschrift ist der Budgetkommission  
erst zwei Tage, bevor sie den Tit. 5 des Kap. 125 beriet, seitens  
der Regierung zugegangen. Die Budgetkommission hat überaus  
rasch gearbeitet, aber diese schnelle Behandlung entspricht nicht der  
Bedeutung der Sache. Dem Finanzminister freilich ist die prin-  
zipielle Behandlung dieser etatsrechtlichen Frage unbequem. (Wider-  
spruch des Finanzministers.) Er will die Frage beim Kompla-  
bilitätsgesetz lösen. Sehr schön, Herr Finanzminister! In dem  
Komptabilitätsgesetz werden schöne Bestimmungen stehen, das kann  
man aus Ihren jetzigen Reden schon sehen. Und wenn wir uns  
dagegen sträuben werden, werden Sie sich auf den jetzigen Beschluß  
des Hauses berufen. Aber deshalb habe ich den Antrag gestellt,  
damit wenigstens einige Stimmen für die Wahrung des  
Etatsrechtes des Hauses laut werden.

Die Kommission sieht in dem Normaletat weiter nichts als eine  
Denkschrift. Im ganzen Lande aber und namentlich in der Lehrer-  
welt meint man, es handle sich um die gefällige Feststellung der  
Gehaltsverhältnisse. Wir haben ja auch bei den Alterszulagen  
einen Vermerk in den Text des Etats aufgenommen, worin ihr  
Charakter und ihre Höhe ausdrücklich in einer Regierung und  
Landtag bindenden Weise festgestellt ist. Die Denkschrift soll aber  
keine bindende Kraft weder für die jetzige, noch die künftige  
Regierung haben. Sie bedeutet für die Oberrechnungskammer  
nichts. Sie beschließen heute, ein Pauschquantum von 1 400 000 M.  
der Regierung zur freien Verfügung zu bewilligen. Wenn die  
jetzigen Minister über ihre Verwendung auch noch so bindende  
Erklärungen abgeben, so sind ihre Nachfolger doch jederzeit be-  
rechtigt, auf Grund eines neuen Normalsetats diese Summe anders  
zu verwenden.

Welches Bedenken hat man gegen die gefällige Fixierung des  
Normalsetats? Die meisten Abgeordneten haben den Normaletat  
für bindend gehalten. Nun sehen wir mit Schrecken, daß er nur  
ein leerer Schein ist. Der frühere Abg. Dr. Miquel, der Mitglied  
der Budgetkommission war, hätte nie die Aeußerung gethan, daß man  
an dem Normaletat nichts ändern könne. Formell sind wir durch-  
aus berechtigt, Änderungen vorzunehmen, das haben die früheren  
Finanzminister anerkannt. Merkwürdig ist nur,  
daß man sich gegen Erhöhungen wehrt, aber Herabsetzungen ruhig  
zuläßt. Man hat in der Kommission meinen Antrag abgelehnt,  
weil dann das Ganze möglicherweise scheitern würde an dem Wi-  
derstande der Regierung. Aber versuchen können wir noch einmal.  
Vielleicht läßt sich der Minister bis zur dritten Lesung überzeugen.  
Wenn nicht, so können wir noch immer in der dritten Lesung den  
Wünschen der Regierung nachkommen. Wenn Sie aber diesen Weg  
abschneiden, so sind alles andere nur fromme Wünsche. Der Kul-  
tussetat gestaltet sich immer mehr zu Vertrauenspausch-  
quanten für den Kultusminister. Der Finanzminister  
hätte selbst im allgemeinen Staatsinteresse alle Ursache, dem Kul-  
tusminister mehr auf die Finger zu sehen. Was nützt uns die Re-  
solvition der Oberrechnungskammer? Der Etat der Gymnasien müßte  
auch in anderer Weise etatsrechtlich festgelegt werden, er ist nichts  
anderes als ein Pauschquantum. Hoffentlich wird der Finanzmi-  
nister beim Comptabilitätsgesetz eine Aenderung eintreten lassen.

Wenn wir den Lehrern jetzt nicht eine rechtliche Grundlage  
geben, dann können Sie im nächsten Jahre lange Gesichter machen  
über die Verwendung des Geldes, obwohl ich hoffe, daß die Minister  
uns auch im nächsten Jahre mit ihrer Gegenwart beehren. (Hei-  
terkeit.) Die Regierung will sich uns gegenüber nicht binden; aber  
wie ist es, wenn das Herrenhaus eine andere Resolution an-  
nimmt? Dann muß die Regierung sagen: quod non. Ganz anders  
liegt die Sache, wenn wir den Normaletat als Vermerk in den  
Etat nehmen. Damit, daß nicht genügend Geld da ist, lassen  
wir uns nicht abweisen. Sie haben ja das Geld für den Dom,  
damit können wir sogar noch andere dringende Ausgaben  
machen. Ich werde für die Anträge Korsch und Dürre stimmen.

weil ich es im Interesse des Ansehens der Regierung für  
absolut notwendig halte, daß sie ihre Versprechungen erfüllt.

Der Minister hat erklärt, daß die Zulagen nur nach der tech-  
nischen Qualifikation gegeben werden sollen. Damit wird mit dem  
früheren Systeme gebrochen, nach welchem die politische Gesinnung  
maßgebend war. Herr v. Puttkamer hat es ja früher ausge-  
sprochen, daß diejenigen, welche in dauernder Opposition zur Re-  
gierung stehen, keinen Anspruch hätten auf die „Wohlthaten“ der  
Dispositionsfonds. Was heißt dauernde Opposition? Diejenigen,  
welche früher auf Seiten des Fürsten Bismarck gestanden, können  
heute ebenso treue Anhänger des Herrn v. Caprivi sein. Vielleicht  
äußert sich der Minister auch hierin über die Verwendungsart des  
Dispositionsfonds. Schweigt er, so nehme ich an, daß er seine  
frühere Erklärung, nach der nur die technische Qualifikation maß-  
gebend sein soll, nicht die politische Gesinnung, aufrecht erhält.

Ich möchte die Herren dringend bitten, wenn Sie jetzt auch  
meinen Antrag nicht annehmen, wenigstens durch alle Redner klar  
und deutlich zu erkennen zu geben, daß Sie dies Pauschquantum  
der Regierung nur für ein Jahr bewilligen und erwarten, daß  
diese Sache im nächsten Etat in einer korrekten, etatsrechtlichen  
Fassung geregelt wird. Denn das Zutrauen habe ich zu diesem  
Hause, daß Sie nicht gewillt sind, der Regierung 1½ Millionen  
als Pauschquantum zu bewilligen, mit dem sie nach Belieben  
schalten und walten kann. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miquel: Eine formale Berechti-  
gung des Hauses, den Antrag Nichter anzunehmen, ist in jeder  
Weise anzuerkennen, wie ich schon in der Kommission gesagt  
habe. Aber der Antrag Nichter ist weder zweckmäßig noch nötig.  
Nicht hat es so dargestellt, als ob wir mit dem Pauschquantum  
machen könnten, was wir wollten, daß wir gar nicht gebunden seien.  
Der Normaletat ist zwar nur eine Denkschrift, aber eine solche. In  
der die Regierung die Verpflichtung ausdrückt, die Summen  
nicht nach anderen Grundsätzen zu verwenden, als denjenigen,  
welche sie in der Denkschrift aufgestellt hat. Eine dün-  
digere Garantie kann nicht gegeben werden. Die Oberrechnungs-  
kammer kann sich jeden Spezialetat von der Regierung vorlegen  
lassen, ist also wohl in der Lage, hier eine Prüfung eintreten zu  
lassen. Wird der Antrag Nichter angenommen, so ist das Zustan-  
kommen des Ganzen von der Uebereinstimmung der Regierung und  
des Landtages in jeder Einzelheit abhängig. Das Ganze kann also  
scheitern, wenn die Regierung einer etwa beschlossenen Erhöhung  
die Zustimmung verweigert. Die ganze Sache ist aber auch praktisch  
belanglos, insofern, als die Forderung in diesem Titel wahrschein-  
lich schon im nächsten Jahr unter dem Titel der Zuschüsse für die  
vom Staat unterhaltenen Lehranstalten figurieren wird, nachdem der  
Vertheilungsmodus der 1 400 000 Mark auf die einzelnen Lehr-  
anstalten festgelegt sein wird.

Abg. Nichter will mir einen festeren Standpunkt gegenüber dem  
Kultusminister geben. Ich glaube, daß meine Herren Kollegen sich  
über die mangelnde Zudringlichkeit seitens des Finanzministeriums  
nicht zu beklagen haben. Daß das Komptabilitätsgesetz noch nicht  
vorliegt, liegt allein an den Schwierigkeiten der Finanzverwaltung  
gegenüber den anderen Ressorts. Es wird aber, so hoffe ich, wenn  
nicht in dieser, so in der nächsten Session vorgelegt werden. Ich  
bitte Sie um Ablehnung der Anträge.

Kultusminister Graf Jellisch: Ich erkläre, daß ich mich  
meinerseits hinsichtlich meines Ressorts ganz in derselben Weise  
gegenüber dem Normaletat gebunden betrachte, wie  
der Finanzminister. Ich erhalte nicht allein die Ermächtigung,  
sondern auch die Pflicht, überall die Grundsätze, die in dem  
Normaletat gegeben sind, strikt anzuwenden, sowohl bei den rein  
staatslichen, wie bei den subventionirten Anstalten. Damit erledigen  
sich auch die politischen Bedenken des Abg. Nichter betreffend die  
Anstellung der Lehrer. Es wird nur auf das Dienstalter  
und die Befähigung der Lehrer gesehen werden. Ich be-  
streite entschieden, daß ein reines Pauschquantum der Regierung  
gegeben wird. Die Oberrechnungskammer bleibt durchaus nicht

## Eine Orientfahrt.

Von

Karl Böttcher.

(Original-Bericht unseres Spezial-Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.)

Kairo, den 3. März.

V. In der ägyptischen Metropole.

Weißt Du, was ein Kanal-Türke ist? Ein Orientreisender,  
der schon in der Gegend von Dover seinen rothen Fetz  
auspackt und auf dem Schiff als „Türke“ nach dem Süden  
hinunterfährt. Wir hatten angesichts der englischen Küste drei  
solch famoser Kanaltürken an Bord. Der größere Theil der  
übrigen Reisegesellschaft verlagte die Kopf-Metarmorphose.  
Um so gründlicher wird sie jetzt in Alexandria vollzogen.  
Müller, Schulze, Lehmann, Meyer sind plötzlich „grüne“  
Türken geworden. Wenn es ihnen nur gut bekommt! —

Ich setze den Fuß auf afrikanischen Boden. Eine daher-  
stürmende Widsjungen-Horde entdeckt, daß zuerst meine Stiefel  
gewischt werden müssen. Sind das Gestalten! Einer von  
ihnen hat ein Hemd und keine Hose, der Andere eine Hose  
und kein Hemd. Alle aber geben sich so tollkühnig und  
wildlebendig, als wollten sie jeden Augenblick aus Hemd und  
Hose herauspringen.

Ich rette mich in's nächste Café — aus dem Regen in  
die Traufe. Eine Hochfluth von Verkäufern bricht auf mich  
herein. Verschleierte Frauen, zerlumpte Kinder, alte sonnen-  
verbrannte Weiber — eine Macbeth'sche Heze ist eine Venus  
dagegen — verhungerte Greise, Bummier jeder Art — Allen  
soll ich abkaufen: Hosen, Dattelmüster, Fächer, Mandarinen,

Schwefelhölzer, Kastanien, Stöcke, Honig, Dolche, Schaffelle,  
Decken, Papageie, Blumen, Photographien, gerupfte Wachteln,  
Mandelkerne. Soviel Bedürfnisse habe ich selbst nicht im aus-  
schweifendsten Traum. Zu diesem Wirrwarr die südliche Land-  
schaft. Heiße Sonne, Riesen-Kakteen, verfallene Mauern, azur-  
blauer Himmel, malerische Gestalten. Dazu Schreien, Lachen,  
Singen, Gesikuliren — ein Höllenspektakel!

Und doch ist Alexandria nur das Vorspiel von Kairo.  
Jetzt auf nach der ägyptischen Metropole! Der Expreszug  
fliegt durch eine wunderbare Gegend. Palmenhaine, Nil-  
schlammfelder, Beduinenlager, Kameel-Karawanen, Dörfer aus  
Nilchlamm erbaut, die heftiger Regen aufweicht, Büffel-  
herden ziehen wie Wandelformationen vorüber.

Nun sitze ich auf der Esbekije, einer Hauptstraße Kairo's,  
hinter einem Topf Bier. Um mich herum wirres, betäubendes  
Volksleben wie aus „Tausend und eine Nacht“. Hier ist  
die Heimath aller Farbtöpfe, das Eldorado aller Pracht  
und allen Schmutzes, das Karnevalsgebränge aller Zeiten und  
Völker, der Glühofen aller Leidenschaften, der Tummelplatz  
aller Sitten und Glaubensarten — ein Welt-Kendzvousplatz.  
Ich bin nicht auf's Gekühnen eingerichteter; aber einige zwanzig  
werden von Eseljungen zu mir herangeschleppt. Jeder rühmt  
den seinen als den Inbegriff aller Vorzüge. Mehrere dieser  
Jungen haben sogar irgendwo ein paar deutsche Brocken auf-  
gefangen. „Baron — das sein gute Esel — Landsmann —  
Bismarck-Esel — o schön reiten!“ „Meine Esel nix kosten  
reiten!“

Inzwischen erscheint das wilde Heer der Bettler mit einer  
Extravorstellung. — Ein Jongleur in Tricots schlägt drei

Burzelbäume auf dem Trottoir und streckt dann die Hand aus:  
„Bakschiesch!“ (Trintgeld!) — Eine angejahrte Harfenistin kräht  
in Moll ein Lied herunter. „Bakschiesch!“ — Ein Triumvirat  
von Esel, Affe und Hündchen producirt sich. „Bakschiesch!“ —  
Ein schmutziger, sechsjähriger Bengel stellt seine noch schmutzigeren  
vierjährige Schwester vor: „Gut Kind — Bakschiesch!“ —  
Eine arabische Kapelle von vier Mann — Trommel, Flöte,  
Gitarre und Triangel — spielt auf. „Bakschiesch!“ — Eine  
verschleierte Schöne wirft einen Haufen Rosen auf den Tisch.  
„Bakschiesch!“ — Ich blicke zufällig einen vorüberziehenden  
Kameeltreiber an. „Bakschiesch!“ —

Was thun, um dem Schauerwort „Bakschiesch“ zu ent-  
gehen? Ich stehe auf und drohe der nachdrängenden, zähne-  
fletschenden und grinsenden Menge mit dem Stoc: „bastone!“ —

„Si, Signor. Für Bakschiesch — mich auch hauen!“

Ich galoppire hoch zu Esel von dannen. Wohin? Die  
klare Mondnacht hat sich schon längst herabgesenkt. Es ist  
spät; aber das schadet nichts. Eine unbestimmte, poetische  
Sehnsucht regt sich in meinem Innern. „Vorwärts nach der  
Nilbrücke!“ — Hier atme ich auf. Da unten murmeln die  
Wasser des heiligen Flusses, und drüben aus nächster Ferne  
ragen sie herüber die Pyramiden, und machen dem tollen Treiber  
in Kairo die historischen Honneurs. So blickten sie seit Jahr-  
tausenden auf all' die vorüberwallenden Völkerbilder mit ihren  
Träumen und ihrem Geschwätz, nun längst vergangen wie das  
hinabplätschernde Nilwasser und der Flugand der biblischen  
Wüste. Mir ist, als lächten sie herüber, die alten Steinkolosse,  
mit ihrem Pyramidenlachen. Ich gebe meinem Esel „die Sporen“  
und hoppele in die Stadt zurück. —



aus dem Spiel. Aus allen Provinzialschulbezirken entnimmt die Oberrechnungskammer Stichproben, und bei einzelnen bedeutenden Anstalten prüft sie die Rechnungen jedes Jahr. Und wenn sie dabei Verwendungen finden sollte, die von den verfassungsmäßigen Grundsätzen abweichen, so wird sie ihre Monita sicherlich zur Kenntnis des Hauses bringen. Auch der Vorwurf des Abg. Rickert bezüglich des Verhältnisses des Finanzministers zum Kultusressort ist unberechtigt. Wer weiß, wie tief mein verehrter Kollege in jede Detailfrage des Kultusstaats eindringt, wie er bei jeder einzelnen noch so dringenden Forderung ein paar Mark oder Groschen abzuplappen sucht (Heiterkeit), der wird sich über einen Mangel an Eindringlichkeit des Finanzministers nicht beklagen (Heiterkeit). Wir haben so manche dringenden Wünsche, aber immer liegt der Haken hinter dem Kastanienwäldchen (Heiterkeit). Glauben Sie, daß ein Mann, der eine so wichtige und große Verwaltung unter sich hat, sich wegen solcher Vapallien mit seinem Kollegen überwerfen würde? (Heiterkeit). (Abg. Rickert: Aber die etatsrechtliche Frage!)

Die Deduktionen des Abg. Dr. Schulz sind hinfällig. Wenn auch nicht alle Lehrer gleichmäßig Vortheil haben werden, so läßt sich doch nicht die Thatsache aus der Welt schaffen, daß vom 1. April ab die preussischen Gymnasiallehrer eine bedeutende Summe mehr bekommen werden. Den Vortheil werden aber hauptsächlich die Bedürftigsten bekommen. Eine Dienstalterskala, nach der nach 20 Jahren das Maximalgehalt erreicht wird, kann doch nicht als eine schlechte bezeichnet werden. Ein Lehrer, der erst mit 30 Jahren zur definitiven Anstellung kommt, erhält also schon mit dem 50. Jahre das Maximalgehalt. Es ist der Wunsch geäußert worden, daß der Staat sämtliche höheren Lehranstalten in seine Verwaltung übernehmen möge. Dieses Ziel ist nicht erwünscht. Zugugehen ist ja, daß in früherer Zeit von den Kommunen ohne irgend welche Berechnung willkürlich höhere Lehranstalten begründet sind. Bei diesen liegen die Verhältnisse sehr schwierig. Aber auf der anderen Seite giebt es Kommunen, deren Anstalten vorzüglich geleitet werden und in besten Verhältnissen sich befinden. Es giebt sogar kommunale Anstalten, an denen die Lehrer schon jetzt besser gestellt sind, als die staatlichen Lehrer nach dem neuen Normaletat gestellt sein werden. Wenn in anderen Kommunen die Salärirung der Lehrer nicht besonders gut ist, so liegt das an den besonders schwierigen finanziellen Verhältnissen der Kommune, und hier in irgend einer Weise einzugreifen, wird Aufgabe des Staates sein, vielleicht durch Begründung von kommunalen Versorgungsgemeinschaften.

Abg. Schmeller (nl.) dankt der Regierung im Namen der Lehrer an den höheren Lehranstalten für den Normaletat.

Abg. v. Czarlinski (Pole) spricht die Hoffnung aus, daß die polnischen Lehrer nicht aus ihrer polnischen Heimath nach anderen Provinzen verlegt würden, und wünscht ein rasches Aufsteigen in die höheren Altersstufen. Redner erklärt sich außerdem gegen die Erhöhung des Schulgelbes. Wenn man Geld brauche für die Verbesserung der Lehrer, so solle man den Hundertmillionenfonds der Anstaltungskommission dazu verwenden.

Abg. Rickert: Ich muß dagegen entschieden Widerspruch erheben, daß die wichtige etatsrechtliche Frage aus Opportunitätsgründen jetzt nicht gelöst wird. Die Erklärung des Finanzministers ist mir erfreulich, aber sie bindet nicht seinen Nachfolger. Es handelt sich also lediglich um eine persönliche Vertrauensfrage. Es ist durchaus möglich, daß das Spezialetat für alle Forderungen, für jede einzelne höhere Lehranstalt vorgelegt werden. Der Kultusetat ist einer der wenigen Etats, die ganz gegen das ganze Oberrechnungskammergesetz und das Staatsrecht aufgestellt sind, und ich bitte die zukünftigen Minister, daß alle Forderungen nicht durch Erläuterungen nebenher, sondern im dispositiven Theil des Etats eingehend dargelegt werden: Der vorliegende Fall zeigt auf das ekranteste, wie nothwendig eine Aenderung in der Aufstellung des Etats ist. (Beifall links.)

Gef. Rath Gernar erwidert, daß alle für die höheren Lehranstalten geforderten Summen nach Maßgabe der Erläuterungen zum Etat der einzelnen Anstalten überwiesen werden. Der Kultusminister behalte seinen Pfennig für sich. Die erhobenen Bedenken seien rein formaler Natur.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Dr. Meyer (Gleichstellung der Lehrer in den Vororten Berlins mit den Berliner Lehrern) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Antrag Rickert (den Normaletat als Anlage zum Etat zu bezeichnen), gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen abgelehnt. Von der Resolution Dürre wird nur derjenige Theil angenommen, welcher die vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen nicht als einen Abschluß zu erachten beantragt. — Im übrigen wird der Kom-

missionsantrag angenommen gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles der Nationalliberalen.

Die dazu vorliegenden Petitionen werden durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Es folgt nunmehr die Berathung über den zurückgestellten Titel „Gehalt der Provinzialschulräthe.“

Abg. Dr. Kropatsch (kons.) erkennt zwar dankbar die Erhöhung der Gehälter dieser Beamten an, bemängelt aber, daß dieselben vielfach schlechter gestellt seien als die gymnasialdirektoren. Es müsse eine Aenderung in der Stellung der Provinzialschulräthe eintreten. Man müßte ihnen den Titel Ober-Regierungsrath geben, damit nicht irgend ein junger Regierungsrath, wie das oft vorkomme, ihr Vorgesetzter werde.

Abg. Schmeller schließt sich dem Vorredner an. Die Schwierigkeit, einen Direktor für das Amt eines Provinzialschulraths zu gewinnen, werde jetzt noch steigen. Zu bedauern sei es auch, daß nur Philologen, nicht aber Mathematiker und Theologen zu Provinzialschulräthen ernannt werden.

Kultusminister Graf v. Zedlitz-Trützschler: Ich gebe zu, daß eine Aufbesserung der Gehälter der Provinzialschulräthe am Platze ist. Bis jetzt ist es aber noch immer gelungen, hervorragende Schulmänner für dieses Amt zu gewinnen. Der Provinzialschulrath hat öfter größere Inspektionsreisen zu machen, was ihn in der Führung von Direktorialgeschäften des Provinzialschulkollegiums hindern würde.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird der Titel bewilligt.

In dem Kap. „Lehrerseminare“ wird die Berathung über die Titel 1 (Besoldung der Direktoren, ersten und zweiten Seminarlehrer) Titel 6 (Besoldung der Vorsteher der Präparandenanstalten) und Titel 26 (Gehalt der Kreisschulinspektoren) verbunden.

Dazu liegen zwei Anträge Sperlich (Str.) vor. Der eine will die Gehälter der ersten Seminarlehrer in der Weise regeln, daß das Mindestgehalt 3000 M. beträgt, das Höchstgehalt 3600 M., welches in 12 Jahren in 4jährigen Stufen erreicht werden soll. (Der Etat setzt das Gehalt auf 3—4000 M. an.) Die ordentlichen Seminarlehrer sollen vom Anfangsgehalt von 2100 M. in 24 Jahren in 4jährigen Zwischenräumen bis zum Höchstgehalt von 3300 M. steigen. (Der Etat setzt als Gehalt 1800—3200 M. aus.)

Ein zweiter Antrag will das Gehalt der Kreisschulinspektoren, das nach dem Etat 2700—5400 Mark beträgt, auf 2700—4800 Mark festsetzen, also das Höchstgehalt verringern.

Abg. Eberhard (kons.) begrüßt die in diesem Etat vorgeschlagene Verbesserung der Gehälter der Seminarlehrer. Dem Antrage Sperlich, der das Gehalt der ersten Seminarlehrer herabsetzen wolle, könne er nicht beistimmen, wohl aber dem Antrage, welcher das Gehalt der übrigen Seminarlehrer heraufsetzen wolle. Die Seminarlehrer seien nicht genügend bedacht worden, wenn man bedenke, daß die Kosten der Lebenshaltung sich in hohem Maße gesteigert haben. Man müßte diese Leute doch wenigstens den Gerichtsfunktionären gleichstellen. Nach der Regierungsforderung seien sie aber noch immer schlechter gestellt als die Gerichtsfunktionäre. Die Regierung möge die Reform nicht für abgeschlossen erachten, sondern, sobald die Finanzlage es gestatte, in der Gehaltsaufbesserung weiter gehen.

Gef. Rath v. Gernar bittet, die Anträge abzulehnen, da sich ihre finanzielle Tragweite nicht übersehen lasse. Die Annahme des Antrages Sperlich würde zur Folge haben, daß ein ordentlicher Seminarlehrer oft mehr erhalten würde als ein erster Seminarlehrer.

Abg. Voettinger (nl.) führt aus, daß die Seminarlehrer schlechter gestellt sind als die jungen Gymnasiallehrer, was bei jenen Unzufriedenheit erzeuge. Man werde ihnen eine weitere Aufbesserung gewähren müssen, wolle man ihnen nicht ihre Freudigkeit am Berufe nehmen. Die ordentlichen Seminarlehrer würden schlechter bezahlt, als mancher technische Beamte, an dessen Bildung weit niedrigere Ansprüche gestellt werden. Das Mindestgehalt der ordentlichen Seminarlehrer müßte wenigstens 2000 Mark betragen.

Abg. Dr. Virchow (kf.): Die Stellung zu den Anträgen ist ja schwierig, weil die Regierung nicht verpflichtet ist, auf dieselben einzugehen. Es wäre vor allem wünschenswerth, daß eine bestimmte Norm für das Aufsteigen der Lehrer festgesetzt würde, daß es nicht im Belieben der Regierung stünde, welche Gehälter sie erhöhen soll. Das Centrum will die Gehälter der Kreisschulinspektoren herabsetzen. Das widerspricht doch aber dem oft geäußerten Wunsche, daß Seminarlehrer zu Kreisschulinspektoren ernannt werden. Nach den Wünschen des Centrum werden die Kreisschulinspektoren schlechter gestellt als die Seminarlehrer. Wir haben allen Grund, die Regierung in dem Bestreben zu unterstützen, die Gehälter der

Kreisschulinspektoren zu erhöhen, falls wir wollen, daß Gymnasiallehrer zu Kreisschulinspektoren ernannt werden.

Finanzminister Dr. Miquel wendet sich zunächst gegen die zu diesem Titel von der Budgetkommission beantragte Resolution, nach welcher den Seminarlehrern die Zeit angerechnet werden soll, während welcher sie nach Ablegung des zweiten Volkshulexamens im Schuldienst definitiv angestellt worden sind. Die Befolgung dieses Grundgesetzes würde eine Mehrausgabe von 147.000 M. mit sich bringen. Woher soll die Finanzverwaltung diese Summe nehmen, wenn sie nicht auch hier bewilligt wird? Bei Durchführung des in der Resolution niedergelegten Grundgesetzes liegt die Gefahr bevor, daß das System der Dienstalterszulagen für die Seminarlehrer nicht durchgeführt werden kann. — Auf eine Erhöhung des Anfangsgehalts der Seminarlehrer noch vor der allgemeinen Erhöhung der Beamtenbefolgungen bin ich gern bereit, einzugehen, wenn eine genügende Auswahl der in Frage kommenden Personen bei dem jetzigen Anfangsgehalt erwirkt sein sollte.

Abg. Sperlich (Zentr.): Mein Antrag hat den alleinigen Endzweck, dem ersten Seminarlehrer mehr zu geben, ohne den Etat mehr zu belasten. Die Herabminderung für die Kreisschulinspektoren ist auch mir an sich unlieb; dieselben stehen aber andererseits in ihrem Gehalte jetzt schon den Landräthen gleich. Ebenso muß ich meinen anderen Antrag aufrechterhalten, da wir die Geistlichen für besonders geeignet zu dem Amte der Kreisschulinspektoren halten. Eine Verweisung meiner Anträge an die Budgetkommission halte ich nicht für nöthig, da sie fast in demselben Wortlaute schon der Kommission vorgelegen haben.

Kultusminister Graf Zedlitz: Ich bitte dringend, einen Abstrich bei den ersten Seminarlehrern und den Kreisschulinspektoren nicht eintreten zu lassen. Die ersten Seminarlehrer bilden den Durchgangsposten für die Stellen der Seminarbibliothek und Kreisschulinspektoren. Da diese Durchgangsposten keine absolute Garantie für den Erfolg bieten, ist ein etwas höheres Gehalt nöthig. Nur akademisch gebildete Herren für diese Stellen zu verwenden, ist nicht die Absicht der Regierung. Es sind schon vielfach Rektoren mit Elementarschulbildung hier angestellt worden. Bei der Auswahl dieser Herren wird aber mit der größten Minutiosität vorgegangen.

Abg. Sperlich zieht seinen Antrag bezüglich der Seminarlehrer zurück.

Die Titel werden bewilligt, die Resolution der Budgetkommission und der Antrag Sperlich dagegen abgelehnt.

Die dazu vorliegenden Petitionen werden durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Montag 11½ Uhr (außerdem kleinere Stats.)

Schluß 4½ Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 13. März. In einem Theil der Presse wird fortgesetzt Widerspruch dagegen erhoben, daß der Welfenfonds an den Herzog von Cumberland ausbezahlt werden soll. Es wird so dargestellt, als ob nicht nur keine rechtliche Forderung auch keine politische oder irgendwie geartete moralische Verbindlichkeit bestehe, ein formelles Entgegenkommen des Herzogs mit einem ungeheuren Kapitalvermögen zu belohnen. Aus den Verhandlungen und Vereinbarungen von 1867 wird geschlossen, daß die Auszahlung von 16 Millionen Thalern für den Erbprinzen Georg ein freier Akt der preussischen Gesetzgebung war, die durch nichts behindert werden könne, einen ganz entgegengesetzten Beschluß zu fassen. In der That haben Waldeck und Schulze-Delitzsch damals in der Hitze des Kampfes diese Meinung vertreten. Waldeck erklärte am 29. Januar 1869 im Abgeordnetenhaus, der Vertrag leide an unheilbarer Nichtigkeit. Er sei in der Form eines Staatsvertrages geschlossen, obwohl König Georg nicht mehr lebte; war, und er verfüge über Vermögensstücke, die dem König von Hannover nicht gehörten. Schulze-Delitzsch beantragte ausdrücklich, die Regierung möge von dem Vertrage mit dem Erbprinzen zurücktreten und den König auf den Rechtsweg gegen den preussischen Fiskus verweisen. Strittig also mag die grundlegende Rechtsfrage bei dieser ganzen Welfenfondsgegeschichte immerhin sein, aber in der Zwischenzeit hat sich eine communis opinio herausgebildet, die

Es ist Nacht's elf Uhr. Was thun? Schlafen? Ich bin nicht nach Kairo gekommen, um Schlafübungen zu machen. Ich umfasse meinen Stock fester und biege in's arabische Viertel ein.

Sternkreuzbataillon — eine schöne Gegend! Eine Art Spucknapf von Kairo, aber ein eleganter. Alle civilisirten Bummler, alle nächtigen Kneiper, alle braven Seelen, die auf einen Zug ausgehen, alle jovialen Brüder, welche auf dem philosophischen Standpunkt stehen: „Was kostet die Welt? Ein Duzend Pyramiden? Ich will sie kaufen!“ — alles gesellschaftliche Strandgut, herübergebummelt aus allen Erdtheilen, man trifft es hier in den Spelunken. Es schlüpft in die kleinen Cafés, wo Opium geraucht wird, standhaft auf der Straße mit den Feltreibern herum, lacht in allen Kadenz über diese ägyptische Wüstenwirtschaft, zeigt alle Fegen und Fragen der Bildung, jagt nach Abenteuer und fühlt sich glücklich. Dabei wird auch das blasirteste und europamüdeste Narrenexemplar etwas aufgefrischt.

Es ist Schlafenszeit, als ich tief in der Nacht nach meinem Hotel wallfahre. Das Geschäft des Schlafens ist rasch abgewickelt. Ob auch die Wüstenstadt inzwischen geschlummert — ich weiß es nicht. Als ich erwache, braust und tobt und drängt und leucht und lärmt sie, wie am Tage vorher. Nun denn — wieder hinein in den Strudel! Es lebe der Optismus!

Ich reite nach den Pyramiden von Gizeh — ein Weg von mehreren Stunden. Nun stehe ich vor der Cheops-Pyramide. Gut ab! Ich grüße vier Jahrtausende! Wir schließen rasch Bekanntschaft. Eben will ich vor mich hinstrecken, allerhand historische Anfälle ausschalten, verschiedene Schulweisheit aufbügeln — da fällt bereits das ganze Gefindel der Araber auf mich. „Steigen?“ — „Natürlich!“ — „Schon haben mich drei Mann gepackt, und „die Fuhre“ begimmt.

Denke Dir zweihundert schief übereinander geschichtete Steintische, jeder mehr als ein Meter hoch! Da muß hinaufgeklettert werden. Zwei meiner Führer fassen mich bei den Händen. Der Dritte stellt sich als Schieber dahinter. Poppl!

— jetzt geht's los! Ich fliege die mächtigen Steinstufen hinauf. Vorwärts!... Keine Ermüdung vorschützen!... Immer weiter!... Ich blide um. Schon verteuft hoch.... Noch weiter!... Wie? Will die Puste ausgehen? Denkt nicht dran!... O mein Gott, ist das hoch!... Ich überlege, ob ich umkehren soll. Psiui! Also weiter!... Ein wenig rasten.... Verschiedene Steiger kommen von oben zurück. Ich habe noch nicht die Hälfte erklommen. Ich blase den letzten Rest von Energie zum Sammeln.... Und dann — und dann — oben bin ich! „Guten Tag, meine Herren!“ Drei Deutsche sitzen da. „Was? Sie spielen Escat?“ — „Wir wollen bloß mal sehen, obs hier auch geht.“ — „Schweibande!“ —

Ich blide ins Weite. Mein Gott! Ist das eine Welt! Hier die libysche Wüste, unendlich, weit, unbegrenzt, mit dem Himmel zusammenfließend wie das Meer. Da drüben der Maulwurfshügel Kairo. Ich selbst auf einer Zinne, die eine Art Ewigkeit bedeutet. O ihr kleinen Gerngroße in Berlin und den umliegenden Dörfern mit Eurer Ragbhalgerei und Vereinsprügelei und Tüpfeljägerei — kaum, daß Ihr ein Staubkorn seid! Ich stand dereinst auf dem Gipfel des Montblanc. Mir ist, als ob ich diese Pyramiden Spitze vom Montblanc grüßen soll.

Noch kurze Zeit, dann hinab — hinab zur Sphinx. Denkt sie seit Jahrtausenden nach über das Weltrathsel, über die allgemeine Dummheit, über den Stolz und ähnliche Riesendinge?

Die Sonne steigt nieder — gewaltig, blutroth, gigantisch, als trüge sie eine zweite Sonne in ihrem Innern. Jetzt röthet sie die Nase der Sphinx und die vielen Kameele und Esel darunter und das ganze Menschengewimmel.

Von der Wüste her bläst eine frühe Brise. Was solch eine Sandwolke für Durst macht. Wer jetzt ein Faß Bier anzapfte! —

Was soll ich dieser Pracht gegenüber noch plaudern von der Zitabelle hoch oben, zu deren Füßen das ganze herrliche Kairo mit seinen Hunderten von Kuppeln und Minarets und Plattformen hingebreitet liegt! Was noch plaudern von den

Moscheen, den Bazaren, den Kalifengräbern und all' der orientalischen Pracht! Genug! —

Am nächsten Morgen reite ich auf einem Kameel in ein ägyptisches Dorf. Wie es heißt, weiß ich bis jetzt noch nicht. Wenn man hustet, rasch darauf niest und dann „ifu“ sagt, kommt ungefähr der Name heraus, Ach, Scheffel's Rodenstein hat so Recht, wenn er singt: „Ein Dorf, was ist's? Nur Mist und Rauch!“

Denke Dir Dreckmauern, nur eine Etage hoch, oben geschlossen, bedeckt mit Kameelmist. Ein Loch als Fenster und ein größeres als Eingang. Dies das Haus des Fellahdorfs. Daneben schlauke Palmen und Dattelsäume. Ueberall herumhockende Menschen. Ich trete in einen solchen Palast ein. Alles laut am Zuckerrohrstengel und trinkt einen schwarzen Tenselsaft dazu — angeblich Kaffee. Man will mir auch solch ein Ding zurecht brauen und legt getrockneten Kameelmist auf's Feuer. Ein Höllengeruch verbreitet sich... Lust! Lust! Im nächsten Moment stehe ich im Freien.

Ha, welches Hochgefühl klopft in meinen Pulsen, als ich auf der Höhe des Kameels wieder in die Zivilisation zurückschwankt — zurück in mein ägyptisches Hotel. Ein Typus für alle. O, was hab ich dort erfahren! Manch südlisch heißen Flohstich, manch zärtlichen Mosquitobiß, manch rührende Fliegenanhänglichkeit. Und erst die ägyptische Speisefarte! Das Fleisch erscheint wie mißrathener Gummi, wie Stiefelsohlen-Ragout mit Sauce. Beim Diner giebt's sechs Gänge mit sieben Tellern und achtmal nichts drauf. Und wenn man den pekuniären Schaden besieht, ist das Gesicht ebenso lang wie die Rechnung. Wer hierher reist, beachte wohl die Mahnung Jago's: „Thu Geld in den Beutel!“

Die nackte Prosa hißt ihre Fahnen auf. Gründlich liegt Einem das ganze Aegypten im Magen. Man zieht wie Schefels „Ot' Heinrich, der Pfalzgraf bei Rheine“ die Zwentur und spricht dann munter:

„Nem bleem! Was sicht uns das an?  
Wir fahren nach Zoppe hinunter  
Und pumpen die Königin an!“



respektiert werden will. Es giebt nicht viele Leute in Deutschland, die die Dinge anders ansehen als so, daß der Herzog von Cumberland rechtliche Ansprüche auf den Welfenfonds hat, und daß er den Welfenfonds wieder bekommen wird, wenn er seinen Frieden mit der Krone Preußen macht. Zu den Trägern dieser Anschauung gehört die preussische Regierung selber, und es muß deshalb als eine ungehörige Verwirrung des politisch-staatsrechtlichen wie auch vermögensrechtlichen Charakters zurückgewiesen werden, wenn auch heute noch versucht wird, die Auscinandersehung mit dem Welfenthum und dem Herzog von Cumberland durch Exzeß eines formalistisch-juristischen Scharfsinns zu stören. Das deutsche Volk in allen seinen Parteien kann sich nur Glück dazu wünschen, wenn die Frage des Welfenfonds endlich einmal aus der Welt geschafft werden kann. Der Brief des Herzogs von Cumberland an den Kaiser enthält allerdings keinen Verzicht auf Hannover. Die Folge für diese Unterlassung muß der Herzog aber auch sofort auf sich nehmen, indem er nur das Verfügungsrecht über das Privatvermögen seiner Familie und nicht das Verfügungsrecht über die unbeweglichen Vermögensstücke erhält. Die Bedingungen, unter denen der Herzog die Auslieferung der beschlagnahmten Kapitalien beanspruchen konnte, hat er formal erfüllt. Die Staatsregierung hätte an der Form, in der diese Erfüllung stattgefunden hat, wie namentlich an der stillschweigenden Weigerung, einen ausdrücklichen Verzicht auf die hannoverschen Ansprüche beizufügen, nur dann Anstoß nehmen können, wenn sie entweder ein Arrangement mit dem Herzog überhaupt nicht wollte, oder wenn sie die Auslieferung der 40 Millionen oder ihrer Zinsen an den Herzog als eine Maßregel ansah, von der eine Stärkung der welfischen Agitation zu befürchten sein würde. Diese beiden Eventualitäten sind nun aber nicht vorhanden. Die Regierung will tatsächlich die Welfenfondsfrage entgeltlich regeln, und es liegt zweitens außerhalb aller Wahrscheinlichkeit, daß der Herzog mit den ihm zufließenden Geldern feindliche Unternehmungen gegen Kaiser und Reich beginnen wollte oder könnte. Herz und Nieren des Cumberlanders prüfen ist wohl kaum die Sache der Regierung oder des Landtages. Es ist ja richtig: der Herzog konnte diesen Brief schreiben, ohne im Stillen die Hoffnung aufzugeben, daß ihm oder seinen Erben einstmal wieder die Krone von Hannover zufallen werde. Aber was für eine stärkere Garantie hätte denn wohl in einer ausdrücklichen bezüglichen Erklärung selber gelegen, da doch das Schwergewicht der Verhältnisse selber derartig wirkt, daß es ein Unfinn ohne Gleichen ist, die Wiedererrichtung des welfischen Thrones in Hannover für denkbar zu halten? Das Wichtigste, was der Herzog zu thun hatte und was ihm nicht geschenkt bleiben konnte, war, daß er so deutlich wie möglich erklärte, keine feindseligen Veranstellungen gegen das Reich oder Preußen zu fördern, anzustiften oder fördern und anstiften zu lassen. Diese Erklärung ist abgegeben worden, und damit kann man sich begnügen, wie es auch die Staatsregierung thut.

Der Brief des Herzogs von Cumberland an den Kaiser wird, wie schon telegraphisch gemeldet, in seinem Wortlaut im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zugleich mit einer Kabinettsordre des Kaisers an das Staatsministerium, gegengezeichnet vom Grafen v. Caprivi. In der Kabinettsordre des Kaisers heißt es, daß der Kaiser nunmehr den Zeitpunkt für gekommen erachte, die durch die Verordnung vom 2. März 1868 ausgesprochene Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg aufzuheben. Wegen der Ausführung dieser Maßnahme wolle er den Vorschlägen seines Staatsministeriums entgegensehen.

Der Brief des Herzogs von Cumberland lautet wörtlich wie folgt:

Durchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König, freundlichster Vetter und Bruder! Da ich Grund habe anzunehmen, daß es den Allerhöchsten Wünschen Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät entspricht, eine gütliche Erledigung der Differenzen herbeizuführen zu sehen, welche wegen Ausführung des Vertrages obschweben, der unter dem 29. September 1867 über die Vermögensverhältnisse Meines in Gott ruhenden Vaters Majestät, zwischen diesem und des Hochseligen Königs Wilhelm von Preußen, nachmaligen Deutschen Kaisers Wilhelm I. Majestät, abgeschlossen ist, nehme ich keinen Anstand, an Eure Majestät die freundliche Bitte zu richten, diese Angelegenheit Allerhöchstselbst einer wohlwollenden Prüfung unterziehen zu wollen.

Gern benutze ich diese Gelegenheit, wie ich schon früher erlärte, so jetzt wieder zu erklären, daß jedes den Frieden des Deutschen Reichs und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmen Meinen Absichten fern liegt; als deutscher Fürst liebe ich Mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig, und nie würde ich — das verjähre ich Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät ausdrücklich — wissenschaftlich veranlassen oder gut heißen, daß mit den zu meiner Verfügung stehenden Mitteln, mögen sie Mir schon zutreffen oder erst in Erfüllung des vorgedachten Vertrages zufließen, feindseligen Unternehmungen gegen Eure Majestät oder gegen den preussischen Staat direkt oder indirekt angestiftet oder gefördert werden. Um so vertrauensvoller glaube ich mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß Eure Majestät Allerhöchst sich nicht länger behindert erachten werden, den obengedachten Vertrag zur Ausführung bringen zu lassen. Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und Freundschaft verbleibe ich Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät freundlichster Vetter und Bruder Ernst August.

## Lokales.

Posen, den 14. März.

\* **Einrichtung besonderer Arbeiter-Ausschüsse.** In den Werkstätten und Gasanstalten der Staatseisenbahnverwaltung sind in Gemäßheit des § 134 h. Abs. 4 des Gesetzes vom 1. Juni 1891, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung besondere Arbeiterausschüsse einzurichten. Nach den Bestimmungen über die Einrichtung und Tätigkeit der Arbeiter-Ausschüsse im Bereiche der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung ist wahlberechtigt jeder Arbeiter, welcher mindestens 21 Jahre alt, mindestens 3 Jahre im Dienste der Staatseisenbahn-Verwaltung beschäftigt ist und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte be-

findet und wählbar derjenige, welcher mindestens 30 Jahre alt, seit mindestens 5 Jahren im Dienste der Staatseisenbahn-Verwaltung und mindestens 1 Jahr in derselben Anstalt beschäftigt ist, sich auch im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Die Arbeiter-Ausschüsse haben die Aufgabe:

1. Anträge, Wünsche und etwaige Beschwerden, welche von ihren Mitgliedern vorgebracht werden und die Arbeiter der betreffenden Anstalt oder einzelne Gruppen im Ganzen betreffen, bei dem Vorstände der Anstalt vorzubringen und in Zusammenkünften mit diesem über dieselben sich gütlich zu äußern;
2. über sonstige, das Arbeitsverhältnis betreffende Fragen, insbesondere über die zu erlassende Arbeitsordnung, über Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen und solche Einrichtungen, welche zum Wohle der Arbeiter und ihrer Angehörigen getroffen sind oder künftig getroffen werden sollen, auf Anfordern ihr Gutachten abzugeben;
3. soweit sie von beiden Theilen angerufen werden, Streitigkeiten der Arbeiter unter einander zu schlichten.

In der hiesigen königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte fand die Wahl des Arbeiter-Ausschusses am vergangenen Sonnabend Vormittags 11 Uhr in dem für die Arbeiter neu erbauten Speisesaal unter Leitung des königlichen Regierungs-Baumeisters Herrn Fränkel statt und waren zu diesem Behufe 5 Arbeitergruppen gebildet, von denen die Gruppe I. die Schlosser der Lokomotiv-Reparatur mit 54 Wählern, die Gruppe II. die Dreher, Schmiede, Kupfer Schmiede und Gelbgießer mit 55 Wählern, die Gruppe III. die nicht handwerksmäßig ausgebildeten Hobler, Bohrer, Schraubenschneider, die Arbeiter der Lokomotiv-Reparatur, Schmiede, Dreher, Kupfer Schmiede und Gelbgießer mit 53 Wählern, die Gruppe IV. die Schlosser der Wagenreparatur, Tischler und Stellmacher mit 55 Wählern und die Gruppe V. die Sattler, Lackirer, Anstreicher, Glaser, Klempner, Korbmacher, die Arbeiter der Wagenreparatur, die Hilfsbureaudiener, der Magazin-Gehülfe und die Gasanstaltsarbeiter mit 46 Wählern umfakten. Um jedem Wahlberechtigten Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechtes zu geben, war die Werkstätte von Vormittags 9 bis 12 Uhr geschlossen, ohne daß den Arbeitern ein Lohnabzug gemacht wird. Kurz vor Beginn der Wahl erbat sich der Lackirer Bahn das Wort, um die erschienenen Wähler zu bitten, den Dank für das Vertrauen, das die königliche Staatsregierung ihnen entgegenbringe durch Einsetzen eines Arbeiter-Ausschusses dadurch zu beweisen, daß sie einmütig ihre Wahl treffen und jede Zerplitterung der Stimmen vermeiden und wenn auch noch nicht feststehe, auf wen die Wahl in den einzelnen Gruppen fallen werde, so hoffe er doch, daß jeder Gewählte das Wohl des königlichen Dienstes und das seiner Arbeitskollegen im Interesse des Ganzen im Auge haben werde. Der Redner bat ferner die sämtlichen Arbeiter nach Beendigung der Wahl noch auf kurze Zeit im Wahllokale versammelt zu bleiben, da er ihnen noch etwas Wichtiges zur Beschlussfassung vorlegen wolle. Die Betheiligung an der Wahl war eine rege, denn es wurden Stimmen abgegeben

In Gruppe I. für das Ausschussmitgl.	27 St., den Vertret.	25 St.
II. „ „ „	49 „ „	45 „
III. „ „ „	25 „ „	40 „
IV. „ „ „	36 „ „	40 „
V. „ „ „	23 „ „	27 „

und sind demnach gewählt als Arbeiter-Ausschussmitglieder Schlosser Rabsahl, Dreher Stremski, Arbeiter Markwarth, Tischler Guse und Sattler Paue und als Stellvertreter derselben Vorloßloffer Walter, Vorloßmied Strohmisch, Hobler Klose, Vorloßloffer Borkowski und Klempner Beyer. Nach vollzogener Wahl nahm der Lackirer Bahn nochmals das Wort, Sr. Majestät dem Kaiser und Könige den allerunterthänigsten Dank auszusprechen für das fortgesetzte Wohlwollen, welches er dem Arbeiterstande zuwende und diesen Dank in einer noch heute abzuführenden Depesche zum Ausdrücke zu bringen. Die Adresse lautet wie folgt:

Posen, den 12. März 1892.

An Seine Majestät den Deutschen Kaiser in Berlin.

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser!

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Eurer Kaiserlich und Königl. Majestät bitten die Unterzeichneten, in Veranlassung der Wahl eines Arbeiter-Ausschusses auf Grund der neuen Gewerbeordnung, für Allerhöchstdero Wohlwollen und unermüdete Fürsorge für das Wohl des Arbeiterstandes ihren tiefgefühlten, unterthänigsten Dank auszusprechen und geloben zu dürfen, in alle Zukunft treu und fest zu stehen zu Kaiser und Reich.

Eurer Majestät allerunterthänigste Handwerker und Arbeiter der königlichen Eisenbahn-Haupt-Werkstätte zu Posen.

Im Auftrage

Der neu gewählte Arbeiter-Ausschuss.  
Diese Adresse wurde einstimmig angenommen und der Freude darüber, daß dieselbe zum Abgange komme, in einem dreifachen Hoch auf den Kaiser und König Ausdruck gegeben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Zusternburg, 12. März.** In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Beigeordnete Dr. Kirchhoff-Duisburg mit 21 von 29 Stimmen zum Ersten Bürgermeister gewählt.

**Hannover, 13. März.** Zur Feier des fünfundsingzig-jährigen Bestehens der nationalliberalen Partei wurde heute ein Festkommers veranstaltet, welcher einen glänzenden Verlauf nahm. Toaste wurden ausgebracht auf die Partei, den Oberpräsidenten v. Bennigsen sowie den Fürsten Bismarck.

**Githorn, 12. März.** Infolge von Schneeverwehungen erlitten die Bahnzüge Nr. 27, 17 und 13 von Hannover nach Berlin mehrstündige Verspätung.

**Darmstadt, 13. März.** Der Großherzog ist heute Nacht 11 1/4 Uhr gestorben.

**Darmstadt, 13. März.** Das Regierungsblatt veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach welcher Großherzog Ernst Ludwig die Regierung des Landes angetreten hat.

**München, 12. März.** Heute Vormittag 11 Uhr fand die feierliche Uebergabe des vom Prinzregenten für die Feldherrnhalle gestifteten Armeedenkmals statt, welche vom Prinzregenten mit einer kurzen Ansprache vollzogen wurde. Die am Sockel befindliche Widmung lautet: „Dem treuen, tapferen bayerischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung Luitpold, Regent von Bayern.“

**Nürnberg, 12. März.** Nach hier eingegangenen Meldungen sind sämtliche auf der Fahrt von Leipzig hierher und von hier nach Leipzig befindlichen Züge bei Altenburg durch Schneeverwehungen in der Weiterfahrt gebremst.

**Chemnitz, 12. März.** Infolge starken Schneefalles sind mehrere Bahnlinien verweht. Auf der Linie Chemnitz-Miela waren längere Zeit beide Geleise gesperrt. Der Berliner Schnellzug blieb in Folge dessen bei Ottendorf stecken und mußte durch die Lokomotive eines Güterzuges flott gemacht werden. Der Mielaer Personenzug blieb heute Vormittag viermal stecken. Die Berliner Post ist bis jetzt ganz ausgeblieben.

**Kopenhagen, 12. März.** Der Zahnarzt Professor Steenberg, Oberarzt am St. Johannes-Hospital bei Roeskilde, ist gestern Abend am Herzschlag gestorben.

**Paris, 12. März.** Das Handelsgericht erklärte den konservativen Senator Varenty, welcher Zuckerröhrenplantagen auf Martinique betreibt, für fallit. Varenty legte Berufung ein.

**Vissabon, 12. März.** Die Kammer hat die Zolltarife endgültig angenommen; die fragliche Vorlage wird am Montag der Kammern zugehen.

**Anderslues, 13. März.** Nach den Ermittlungen, welche die Direktion des Kohlenbergwerks angestellt hat, in welchem sich am Freitag die Explosion ereignete, befanden sich in dem von der Explosion heimgesuchten Stollen 236 Bergleute. Von diesen wurden 63 unverfehrt, 31 als Tode und 20 als Verwundete wieder aus dem Schacht heraufgeschafft; es sind also 122 Leichen in dem Stollen geblieben. Eine große Volksmenge war heute zusammengeströmt, um an der Beerdigung der aufgefundenen 31 Toten Theil zu nehmen.

**Madrid, 13. März.** Eine Bande von zwanzig Bewaffneten versuchte die Eisenbahnbrücke bei Almagro in der Provinz Ciudad-Real zu zerstören. Die Frevler wurden von Gendarmerie verfolgt.

**London, 12. März.** Der Streik der Kohlengrubenarbeiter in Nord-England hat heute begonnen. In der Stadt und dem Distrikte Bolton sind die größeren Eisenwerke wegen der hohen Kohlenpreise geschlossen.

**London, 13. März.** Die streikenden Bergleute suchen die Kohlenträger an der Themse und am Tyne zu überreden, aus dem Ausland kommende Kohlen nicht auszuladen. Morgen und übermorgen werden belgische Kohlenschiffe in London erwartet.

**Manchester, 11. März.** Ein ehemaliger Pionier-Sergeant Namens Holden erschien heute vor dem hiesigen Polizeigericht unter der Anklage, mehrere Personen zu ver-rätherischen Mittheilungen über die Vertheidigungswerke von Malta verleitet zu haben. Der Staatsanwalt konstatierte, daß der Angeklagte bei seiner Verhaftung im Begriff war, nach Frankreich abzureisen, um dort aus der Hand gewisser Franzosen die Summe von 64 Pfd. Sterling in Empfang zu nehmen. Die Verhandlung wurde vertagt. Der Richter lehnte die Freilassung Holdens gegen Bürgschaft entschieden ab.

**Athen, 11. März.** Wie verlautet, hätte die Regierung ein sechsprozentiges Goldanlehen im Betrage von 11 Millionen mit Lokalbänken abgeschlossen. Garantirt werde dasselbe durch eine Steuer der Eisenbahnbillets und eine Steuer von Dividenden der anonymen Gesellschaften.

**Athen, 12. März.** Die Regierung erkennt die Nothwendigkeit einer Auflösung der Kammer an, in der Ueberzeugung, daß sie eine Majorität nicht erlangen wird; indessen wird dieselbe den Ablauf der Vertagung abwarten und das neue Budget einbringen.

**Belgrad, 12. März.** Das Amtsblatt publizirt die Entlassung Milans aus dem serbischen Staatsverbande auf Grund eines von den Ministern des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten bestätigten Entlassungsdocumentes der Stadtpräfektur vom 4./16. Oktober 1891. Die Publikation ruft rücksichtlich der Form und des Datums, sowie weil die Schupstina über die Resignation Milans noch nicht entschieden hat, und auch innerhalb des Staatsrathes noch Meinungsverschiedenheit über die Zulässigkeit einer derartigen Gesetgebung vorherrschen soll, allgemeines Befremden hervor. Die Blätter erklären gleichfalls eine Resignation für unzulässig und für eine eklatante Verfassungsverletzung, bezw. einen Anlaß, welcher eine Abänderung der Verfassung fordere, deren unberechenbare Konsequenzen geeignet seien, berechtigte Besorgniß einzufloßen.

**London, 14. März.** Der Bergarbeiterstreik umfaßt sämtliche Bergarbeiter in den Distrikten Manchester (60 000), Nordwales (10 000), Nottingham (20 000), Bristol (4000), Durham (90 000), nebst einer großen Anzahl in anderen Gegenden. Die Gesamtzahl der Streikenden soll 300 000 überschreiten. Der Streik wird bestimmt eine Woche, in einigen Distrikten zwei Wochen dauern.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
12. Nachm. 2	744,5	S stark	halbheiter	+ 0,9
12. Abends 9	748,1	O mäßig	heiter	- 4,1
13. Morgs. 7	748,7	O leicht	zieml. heiter	- 7,2
13. Nachm. 2	748,8	O schwach	heiter	+ 2,3
13. Abends 9	748,6	NO frisch	heiter	- 1,6
14. Morgs. 7	748,4	O mäßig	bedeckt	+ 0,4
Am 12.	März	Wärme-Maximum	+ 1,0° Cels.	
Am 12.		Wärme-Minimum	- 5,3°	
Am 13.		Wärme-Maximum	+ 2,3°	
Am 13.		Wärme-Minimum	- 8,6°	

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. März Mittags 1,78 Meter.

= 13. = Morgens 1,62 =

= 14. = Morgens 1,48 =

**Stern's Saal.**  
Heute Montag 8 Uhr:  
**Ella Kennedy.**

3690

## Produkten- und Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Petersburg, 12. März.** Wechsel auf London 98,30, Russ. II. Orientanleihe 101 1/2, do. III. Orientanleihe 102, do. Bank für auswärtigen Handel 267 1/2, Petersburger Diskontobank 545, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 458, Russ. 4 1/2 Proz. Bodenkredit-Bankbriefe 149, Große Russ. Eisenbahn 252, Russ. Südwestbahn-Aktien 114 1/2, Privatdiskont 4 1/2.

**London, 12. März.** (Schlußkurse.) Rußig.

Engl. 2 1/2 Proz. Consols 95 1/16, Preuß. 4 Prozent. Consols 105,



